

Verordnung zur Erhaltung von Dauergrünland (Dauergrünlanderhaltungsverordnung - DGERhVO M-V)

Vom 24. November 2008

Fundstelle: GVOBl. M-V 2008, S. 474

Stand: letzte berücksichtigte Änderung: Berichtigung vom 8. Dezember 2010 (GVOBl. M-V 2011 S. 7)

Aufgrund des § 1 der Dauergrünlandermächtigungslandesverordnung vom 15. August 2008 (GVOBl. M-V S. 358) verordnet das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz:

§ 1

Feststellung des Dauergrünlandanteiles

(1) Wird vom Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz auf Basis der von allen Betriebsinhabern bis zum 15. Mai eines Jahres im Sammelantrag nach § 7 der InVeKoS-Verordnung vom 3. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3194), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 8. Mai 2008 (BGBl. I S. 801) geändert worden ist, anzugebenden Flächen festgestellt, dass sich der Anteil des Dauergrünlandes an der gesamten landwirtschaftlichen Fläche (Ackerland, Dauergrünland und Dauerkulturen) bezogen auf das Referenzjahr 2003 um mehr als fünf Prozent verringert hat, wird dies vom Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz im Amtsblatt für Mecklenburg-Vorpommern öffentlich bekannt gegeben.

(2) Wird zu einem späteren Zeitpunkt entsprechend Absatz 1 ermittelt, dass der Rückgang des Dauergrünlandanteils unter fünf Prozent liegt, wird diese Feststellung vom Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz im Amtsblatt für Mecklenburg-Vorpommern öffentlich bekannt gemacht.

§ 2

Umbruchverbot für Dauergrünland

Betriebsinhaber, die Direktzahlungen beantragen, dürfen ab dem auf die öffentliche Bekanntmachung nach § 1 Abs. 1 folgenden Tag Dauergrünlandflächen nach Artikel 2 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nr. 796/2004 der Kommission vom 21. April 2004 mit Durchführungsbestimmungen zur Einhaltung anderweitiger Verpflichtungen, zur Modulation und zum Integrierten Verwaltungskontrollsystem nach der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 des Rates mit gemeinsamen Regeln für Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik und mit bestimmten Stützungsregelungen für Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe (ABl. EU Nr. L 141 S. 18) nicht umbrechen. Das Umbruchverbot gilt bis zu dem auf die öffentliche Bekanntmachung nach § 1 Abs. 2 folgenden Tag. Ein Umbruch von Dauergrünland mit unverzüglicher Neuansaat von Grünland gilt nicht als Umbruch im Sinne dieser Verordnung.

§ 3

Ausnahmen

(1) Abweichend von § 2 kann der Umbruch von Dauergrünland auf Antrag genehmigt werden, wenn sich der Antragsteller verpflichtet, unverzüglich nach Erteilung der Genehmigung die umgebrochene Fläche vollständig durch neu angelegtes Dauergrünland vorrangig innerhalb desselben Landkreises, in dem die umgebrochene Fläche liegt, zu ersetzen. Die Ersatzfläche kann auch eine Fläche eines anderen Betriebsinhabers sein. Ist diese Fläche mit einer Feldfrucht bestellt, hat die Ersetzung durch Dauergrünland unverzüglich nach Aberntung spätestens jedoch bis zum 1. Mai zu erfolgen. Sofern das Dauergrünland auf einer gepachteten Fläche neu angelegt werden soll, ist die Zustimmung des Eigentümers vorzulegen. Handelt es sich um eine Fläche, die von einem anderen Betriebsinhaber bewirtschaftet wird, ist auch dessen Zustimmung vorzulegen. Umbruchverbote aufgrund des Bundesnaturschutzgesetzes vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), des Naturschutzausführungsgesetzes vom 23. Februar 2010 (GVOBl. M-V S. 66) und des Wassergesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom 30. November 1992 (GVOBl. M-V S. 696), das zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 12. Juli 2010 (GVOBl. M-V S. 383) geändert worden ist, sowie auf deren Grundlage erlassener Verordnungen bleiben unberührt.

(2) Die Anlage von Energieholzplantagen auf Dauergrünland mit schnell wachsenden Arten, die kurzfristig innerhalb eines Jahres nach Genehmigung angebaut werden, kann auf Antrag genehmigt werden, ohne dass Dauergrünland neu angelegt werden muss, solange landesweit Energieholzplantagen nicht auf mehr als 3 000 Hektar Grünland angelegt werden. Der Antrag ist bis zum 31. Januar zu stellen. Die genehmigte Fläche darf nicht für Ackerkulturen genutzt werden. § 3 Absatz 1 Satz 5 gilt entsprechend. Solange das EG-Recht die Erhaltung von Dauergrünland vorschreibt, ist nach Aufgabe der Energieholzgewinnung auf der genehmigten Fläche diese wieder in Dauergrünland umzuwandeln.

(3) § 2 gilt nicht für nach § 25 des Landeswaldgesetzes vom 8. Februar 1993 (GVOBl. M-V S. 90), das zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 23. Februar 2010 (GVOBl. M-V S. 66) geändert worden ist, genehmigte Erstaufforstungen von Dauergrünland, sofern die Genehmigung nicht für Anlagen von Weihnachtsbäumen erteilt wird und für behördlich genehmigte Maßnahmen des Natur- und Umweltschutzes.

(4) Zuständig für die Erteilung der Genehmigung nach den Absätzen 1 und 2 ist das örtlich zuständige Staatliche Amt für Landwirtschaft und Umwelt.

§ 4

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Verkündung in Kraft.

Schwerin, den 24. November 2008

Der Minister für Landwirtschaft,
Umwelt und Verbraucherschutz
Dr. Till Backhaus

Zusatzinformationen

Seitenanfang

[Kontakt](#) | [Seite drucken](#) | [Sitemap](#) | [Impressum](#) | [Datenschutz](#)